

land
F. in D. 5. M.
Haupten 1. M.
2. M. E. d. in
Bart 50 S.
um daß, 50 S.
M. Hagenannt
en fremdlichen
ndhlig.

80. Jahrgang.
Erscheint täglich
mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.
Preis vierteljährlich
hier 1. M., mit Zedger-
schein 1.20. M., im Bezirk
und 10 km. Umkreis
1.25. M., im übrigen
Bayerntum 1.35. M.
Monatsabonnement
nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Auflage 2450.
Kunstm.-Verlag
I. d. Spall. Zeile aus
gleichl. Schrift ober
deren Raum bei 1mal.
Entschung 10 S.
bei mehrmaliger
entsprechend Absatz.
Mit dem
Hauptverlag
und
Schw. Verlags.

Jahressprecher Fr. 20.

Jahressprecher Fr. 20.

Nr. 39

Nagold, Freitag den 16. Februar

1906.

Seine Königl. Majestät haben am 5. Februar d. J. allergnädigst geruht, die Stelle eines Assistenten der Kreisbaukommission bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abteilung für Freibereinerziehung, dem geprüften Geometer und Kulturtechniker Karl Fick in Wülfersberg zu übertragen.

Die Marokko-Konferenz.

Ueber die am Dienstag abgehaltene Vollversammlung der Marokko-Konferenz berichtet die amtliche Zeitschrift: Die Konferenz erörterte zunächst die Antwort des Sultan von Marokko in Bezug auf das Reglement über die Unterdrückung des Schmuggels; sie genehmigte eine unerhebliche Abänderung der Fassung des Wortlauts des Artikels 14 und beschloß, daß Waffen, deren Einschmuggelung verjagt worden ist, nach ihrer Beschlagnahme nicht vernichtet, sondern zur Bewaffnung der marokkanischen Truppen verwendet, oder falls dies nicht geschieht, nach dem Auslande hin zu Gunsten des scharifischen Schatzes verkauft werden sollen. Die Konferenz ging dann über zur Erörterung des Entwurfs eines Reglements über das Zollwesen des scharifischen Reiches, sowie über die Unterdrückung des Schmuggels, wie er von dem Reaktionskomitee vorbereitet worden ist. Es wurden hinter einander die ersten 13 Artikel des Entwurfs mit einigen Zusätzen und Änderungen des Textes angenommen. Die Artikel 1-10 treffen Bestimmungen über die Formalitäten, die die Kapitäne von Handelsschiffen bei Anlauf in einem marokkanischen Hafen erfüllen müssen, und zwar in Bezug auf Deklaration des Inhalts der Ladung, wenn Durchsuchungen und konsularische Feststellungen im Falle der Unrichtigkeit in den Erklärungen über die Zahl der Kisten, oder die Waren in Bezug auf Wert und Beschaffenheit erlaubt worden sind. Die Artikel 11, 12 und 13 setzen die Strafen fest (Geldstrafen, Gefängnisstrafen und Beschlagnahme der Waren), die sowohl in offenen, wie in nicht für den Handel geöffneten Häfen gelegt werden auf den Versuch von Schmuggel oder bei falscher Tat festgestelltes Schmuggel, und zwar sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr von Waren, die der Verzollung unterliegen.

Die Haltung Oesterreich-Ungarns.

Berlin, 14. Febr. Das Berl. Tagebl. meldet aus Wien: Die offiziell-französische Meinung, daß alle Mächte in Algerien gegen Deutschland Stellung nehmen, stimmt nicht, was Oesterreich-Ungarn anbelangt. Oesterreich-Ungarn hat bisher den deutschen Standpunkt in allen Stücken unterstützt und wird es auch weiterhin tun.

Differenz Ansichten.

Köln, 15. Februar. Die Köln. Ztg. weist auf den Widerspruch der Havas-Depesche und der daran geknüpften Bemerkung des Wolffschen Bureau bezügliche der Unterredung des deutschen Botschafters v. Radowik und des französischen Delegierten Revol hin. Daraus scheint hervorzugehen, daß der Havas-Berichter in Algerien mit Revol eine nur ganz mangelhafte Fühlung habe. „Wir halten“, so schließt das Blatt, „eine Unterredung der

Gründe der unrichtigen Darstellung der Agence-Havas für minder bedeutsam, als die auch von der Agence-Havas festgestellte Tatsache, daß die Unterredung des deutschen Botschafters v. Radowik mit dem französischen Delegierten Revol einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hat. Es würde dies beweisen, daß Revol den deutschen Wünschen eine sachliche und nicht unfreundliche Beurteilung entgegenbringt, und damit würden die Aussichten der Konferenz wesentlich gebessert.“

Berlin, 15. Febr. Aus Rom wird der Hoff. Ztg. gemeldet: Der Papst erkennt die Berechtigung des Standpunkts Deutschlands an, das an den Grundlagen seines Konferenzvorschlages festhält, und erachtet die Auslassungen der französischen Blätter lediglich als geizig, die ihre Sachlage zu trüben.

Berlin, 15. Febr. Aus Paris meldet das Berl. Tagebl.: Das Echo de Paris drückt an der Spitze der ersten Seite die Besorgnis eines anonymen Finanzmannes ab, der angesichts der Haltung der deutschen Regierung die französischen Banken auffordert, kleiner Geld mehr in Deutschland zu plazieren, allen deutschen Häusern und Gesellschaften die Kredite zu kündigen und alles französische Geld aus Deutschland zurückzuziehen.

Politische Uebersicht.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte wurde in Berlin von Fr. Köpcke mit einer Ansprache eröffnet, in der er betonte, daß eine starke Organisation der Landwirtschaft sich als immer notwendiger erweise. Der Redner dankte dem Reichskanzler und dem Landwirtschaftsminister, daß sie trotz der vielen Angriffe, die gegen sie besonders in der Frage der Fleischnot gerichtet worden seien, in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse für die Landwirtschaft eingetreten seien. Der endbrannte Kampf zwischen Erhaltung und Zerschlagung würde schließlich ausgetragen werden zwischen der Sozialdemokratie und dem Bund der Landwirte. Der Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser und die deutschen Fürsten. Freiherr von Wangenheim begrüßte es dankbar, daß die Stellung der deutschen Landwirtschaft zu den Regierungstellen in den letzten Jahren besser geworden sei und hofft, daß sich auch die irreführende Arbeiterfrage davon überzeugen werde, daß nur eine wirtschaftlich starke Landwirtschaft ihr dauernde und lohnende Arbeit geben könne. Angerufen sei der Mut der freien Städte, die sich ein Wahlrecht geschaffen hätten, das sie gegen jede Umwälzungbewegung schütze. — Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die Generalversammlung dankt dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn preussischen Landwirtschaftsminister dafür, daß sie trotz der Angriffe, die ihnen zuteil geworden sind, doch die veterinärpolitischen Schlußfolgerungen im Interesse der deutschen Viehzucht aufrecht erhalten haben. Sie haben dadurch nicht nur der deutschen Landwirtschaft, sondern auch dem Land selbst unschätzbare Dienste geleistet. Durch die Maßnahmen der Regierung in der letzten Zeit hat sich nach und nach

wieder das Vertrauen zur Regierung in landwirtschafts-fremdlichen Kreisen zu entwickeln begonnen. Wir bitten den Herrn Reichskanzler, dafür zu sorgen, daß dieses Vertrauen sich immer mehr stärken kann und daß Maßnahmen vermieden werden, welche diese Entwicklung zu ihren Gunsten hindern. So bitten wir vor allem, daß das Reich und die Regierungen der Einzelstaaten mit Nachdruck darauf bedacht sind, die deutsche Landwirtschaft im Interesse des Vaterlandes weiter zu fördern, den Mittelstand durch geeignete Einrichtungen vor seiner Auflösung zu bewahren, ihn im Gegenteile zu stärken und zu fördern, bei der Regelung der weiteren Beziehungen Deutschlands zum Ausland, den Empfindungen der nationalen Kreise des Volkes Rechnung tragend, in seiner Hinsicht nachzugehen, wo das Nachgeben mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands unvereinbar und nicht durch entsprechende Gegenleistungen begründet erscheint. Die schwersten sachlichen und grundsätzlichen Bedenken liegt die Generalversammlung gegen die Einführung einer Reichserbschaftsteuer. In der Ueberzeugung, daß die Aushebung der Erbschaftsteuer auf Eltern, Kinder und Satten der deutschen Auffassung von der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Familie aufs schärfste widerspricht, erklärt sie sich unbedingt gegen eine solche etwa geplante Aushebung der Steuer.“

Eine Nachwahl zum Reichstag wird im Wahlkreis Darmstadt notwendig, da der bisherige Vertreter, Gustav Cramer (Soz.), sein Mandat niedergelegt hat. Man hatte in Kreisen seiner Partei heftige Angriffe gegen ihn gerichtet, weil er eine Kandidatur beim Großherzog nachgesagt hatte. 1903 siegte Cramer im ersten Wahlgang mit 14 144 Stimmen; außerdem erhielt er damals die Nationalliberalen 8659, die Freikämigen 1997, der Bund der Landwirte 1845 und das Zentrum 900 Stimmen.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat wieder einmal einen großen Stauhaltungs gehabt. Ministerpräsident v. Gautschi bemerkte in seiner Rede bei der Verhandlung über einen alldeutschen Dringlichkeitsantrag, es sei den Alldeutschen nicht daran gelegen, die auf der Tagesordnung stehende Rekrutierungsbewilligung, sondern die Wahlreform zu verhindern. Daraus ist entstanden ein minuten-langer Tumult. Die Alldeutschen riefen Gautschi zu: „Diebstahl! Diebstahl! Diebstahl!“ Die Worte des Ministerpräsidenten verhallten im Lärm, man sah nur seine Gestikulationen. Gautschi erklärte, er werde unter keinen Umständen die von den Alldeutschen gewünschte Vorlage über die Trennung der Armee vorlegen. In seiner Rede befaßte sich Gautschi auch mit Angriffen, die Graf Sternberg gegen die Krone gerichtet hatte. Sternberg hatte gesagt, das Reich sei unter diesem Herrscher tief gesunken. Die Krankheit sei akut. Wenn Gott will, können wir von dem Uebel erlöst werden. Auf diese Ausfahrungen Sternbergs, die große Aufregung im Hause hervorriefen, erwiderte Gautschi, ein so trauriges Schauspiel wie heute habe das Haus noch nie gesehen. — Abg. Stein erklärte, der Ministerpräsident habe versprochen, ein Ermächtigungsgesetz über Ungarn einzubringen, dies aber nicht getan. Der Ministerpräsident sei wortbrüchig. Seine heutige Erklärung sei ebenso frech wie dumm. (Rufe bei den Alldeutschen: „Reinlicher Demagog! Gautschi Abzug!“)

Deutschlands militärische Lage bei der Jahreswende.

Fürst Bülow hatte in seiner Rede vom 6. Dezember, in der er die politische Lage Deutschlands den übrigen Mächten gegenüber skizzierte, erklärt, daß die auswärtige Lage keine durchaus befriedigende sei, da Bestimmungen eben erst überstanden und neue zu beschließen seien, und daß z. B. zuzusetzen mit einer tiefgehenden Abweigung der öffentlichen Meinung Englands gegen Deutschland zu rechnen sei. Diese Erklärung im Anschluß an die der Thronrede, daß Deutschland fortdauernd mit Verkenntung deutscher Sinnehaft und Bornstrenge gegen die Fortschritte seines Fleisches zu rechnen habe, daß eine Reizung vorhanden sei, Angelegenheiten in denen auch das Deutsche Reich Interessen zu wahren habe, ohne dessen Mitwirkung zu erledigen, und daß die Zeichen der Zeit es der Nation zur Pflicht machten, ihre Schutzwehr gegen ungerechte Angriffe zu verstärken, war geeignet, Besorgnisse hinsichtlich unserer militärischen Lage dem Auslande gegenüber zu erwecken. Allerdings wurden sie durch die jüngste kategorische Zurückweisung aller aggressiven Pläne Deutschlands gegen England seitens des Reichskanzlers und die beiderseitigen Kundgebungen für den Frieden abgeschwächt. Zwar erklärte der Reichskanzler ferner, „Deutschland werde unverbrüchlich an den zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens und Status quo begründeten Dreibunde festhalten“, fügte jedoch hinzu, „allein es müsse stark genug sein, um im Notfall sich auch ohne Bundesgenossen behaupten zu können.“

Für die beiden Hauptfaktoren der militärischen Situation der Mächte des Kontinents, und zwar die Wehrmacht des Zweibunds und Dreibunds, besteht heute und voransichtlich auf längere Zeit hinaus eine Pause, mit der die Wehrkraft des Zweibunds offenbar weit mehr eingebüßt hat, als die des Dreibunds. Denn die revolutionären Zustände Rußlands, die jüngsten Meutereien in Heer und Flotte, die Vernichtung der letzteren im japanischen Kriege, die drohende Empörung im manöschischen Feldheer, die Finanzlage des Reiches, kurz ein in Aufruhr und Zerrüttung befindliches Land und Wehrmacht, schalten Rußland selbst im angesprochenen Fall des „Casus foederis“ für den Zweibund auf nicht absehbare Zeit als militärischen Wachsfaktor vollständig aus, bis seine Zustände wieder konsolidiert sind. Ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich mit England im Bunde würde daher lokalisiert bleiben, und nur wenn Frankreich und England Deutschland zuerst angreifen, der „Casus foederis“ für Oesterreich-Ungarn eintreten. Am besten in Oesterreich-Ungarn zuzusetzen ein derartig tiefer innerer Zwispalt, daß es für das habsburgische Reich als ein sehr ernstes Wagnis erschiene, an einem in Ungarn nicht populären großen kontinentalen Kriege sich zu beteiligen, selbst wenn dessen Aussichten sehr günstige wären, da er leicht zum Zerfall der Monarchie führen könnte. Wenn somit in jenem Kriegsfalle der Dreibund höchstens auf einen Teil der Wehrmacht Oesterreich-Ungarns zu rechnen hätte, und wenn man auch fernershin kaum auf das Eingreifen Italiens am Oberrhein zählen könnte, so würde doch die französische Alpenarmee, durch Italien im Süden Frankreichs gestellt, und

der völlige Ausfall Rußlands die Streitkräfte Frankreichs gegenüber denen des Dreibunds in eine vollständig inferiore Lage versetzen. Allein, wenn auch der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland lokalisiert bliebe, würde die Inferiorität Frankreichs doch auf die Dauer sich einem Lande von nur 40 Millionen Bewohnern einem solchen von 80 Millionen gegenüber, von denen fast sämtliche Diensttaugliche für den Krieg ausgebildet sind, berart fühlbar machen, daß, abgesehen von andern Momenten der Inferiorität, aller Voraussicht nach der schließliche Sieg Deutschland verbleiben müßte. Allein es sprechen noch ganz andere bekannte Momente der militärischen Überlegenheit für Deutschland mit. Ueberdies bieten sich in einem zur See geführten Kriege für Frankreich gar keine Aussichten zu einer erfolgreichen Landung an unseren schwer zugänglichen Nordküsten. Seine Flotte kann es, ohne in Dänemark einen festen Stützpunkt und Zwischenstütz zu finden, mit unseren Nordsee-Küstenhäfen und dem Nordostsee-Kanal in der Flanke, kaum wagen, für längere Zeit in der Ostsee zu operieren, geschweige denn unseren Küstenverteidigungstruppen gegenüber eine Landung im großen Stil an den zugänglichen Ostküsten zu unternehmen, selbst wenn Dänemark wider Erwarten Frankreich sich anschloße. Sie hätte selbst bei Beginn des Krieges, bevor ihr Mittelmeergeschwader im Kanal eingetroffen ist, einen Moment bedeutender Inferiorität unserer Flotte gegenüber zu überwinden. Anders gestaltet sich allerdings die Lage zur See, wenn England sich im Bunde mit Frankreich belände. Alsdann wäre beim Angriff Englands und Frankreichs auf Deutschland der „Casus



Düner und Dieb Gauß! Er glaubt, daß er im Thronraum ist! Er spielt sich auf den Hofmeister aus! Der Antrag der Alldeutschen wurde abgelehnt.

Der neue italienische Ministerpräsident Sonnino hat die Präzedenz durch Bismarck zu genauerer Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen und größter Korrektheit aufgefordert. Ferner hat er die Peniar über Brechtelegramme auf solche beschränkt, die die Sicherheit des Staats bedrohen.

Die französische Deputiertenkammer hat den Handelsvertrag zwischen Frankreich und Rußland mit großer Mehrheit angenommen und dann die Beratung der Vorlage betreffend die Arbeiteraltersversicherung fortgesetzt. Sie nahm einen Artikel an, durch den die landwirtschaftlichen Arbeiter in das Gesetz einbezogen werden. — Bis zum Montag war die Inventur in den Kirchen von 7540 Orten durchgeführt. — Der internationale antimilitaristische Verband ließ in Paris neuerdings einen Aufruf anschlagen, in welchem die Soldaten zur Desertion, zu Gewalttätigkeiten gegen die Offiziere und zur Gehorsamsverweigerung im Fall einer Mobilmachung aufgefordert werden. Die Plakate, welche sofort von der Polizei entfernt wurden, trugen ungefähr 2000 Unterschriften sowie eine Anmerkung, welche besagt, daß die Unterzeichner der Staatsanwaltschaft zur Verfügung ständen und noch mit weiteren Unterschriften dienen könnten. Es heißt, daß die Staatsanwaltschaft diese Aufforderung nicht beachten werde, da ihr der Wahrspruch der Geschworenen vom 31. Dezember genüge. Die Unterzeichner sind fast durchweg unbekannte Leute. Es wäre außerdem mit großen Schwierigkeiten verbunden, gegen 2000 Personen die Anklage zu erheben.

Der türkisch-perfische Grenzkonflikt hat sich verschärft. Die perfische Vorkant in Konstantinopel behauptet, daß bei den jüngsten türkischen Truppenverschiebungen 20 Bataillone an die Grenze von Persien gesandt worden seien. — Trotz des abermaligen Einmarsches Kamel Feißi Basch in Sana ist die Lage in der arabischen Provinz Yemen nicht günstig. Der Angriff auf die Burg Sankara mußte nach Verlust von vier Geschützen und vieler Offiziere und Mannschaften, darunter Jusuf Pascha, aufgegeben werden. In einem anderen Gesichts fiel Rifa Pascha, nicht der frühere, jetzt nach Damaskus verbannte Oberkommandant, der seinerzeit als schuldloses Opfer der Ermordung des russischen Konsuls in Konstantinopel verbannt wurde. Aus Hodeida wird der Tod des Chefs des Stabes der Armee in Yemen, Iffed Pascha, berichtet. Er hand früher bei den Kaffeler Hasaren und zeichnete sich 1897 im Feldzug gegen Griechenland aus.

Nach Berichten aus Venezuela kann Frankreich oder irgend eine andere Macht sich auf die Unterstützung fast der ganzen Bevölkerung für den Fall eines Kampfes mit Castro verlassen. Die Ankunft des französischen Geschwaders wird mit Spannung erwartet. Castro fährt fort, fremdenfeindliche Maßregeln zu treffen. — Die Haltung des ersten Vizepräsidenten Gomez, welchem nachgesagt wird, daß er für den Fall einer Blockade von Seiten Frankreichs mit Revolutionen umgehen werde, verursacht Castro einige Beunruhigung. Auch von dem zweiten Vizepräsidenten, Beland, behauptet man, daß er ein geheimes Abkommen mit Frankreich getroffen habe, nach der Präsidentschaft strebe und Castro bald im Stich lassen werde. Die Gesamtkräfte der Armee ist 8000 Mann, an Waffen sind vorhanden 50 000 Mausergewehre, 20 Millionen Patronen und 80 kleine Geschütze aller Konstruktion. Ferner sind 10 Geschütze neuer Konstruktion in den Häfen aufgestellt. Castro brüht sich, er wolle die Monroe-Doktrin auf die Probe stellen.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Febr. Der Reichstag nahm heute den Gesetzentwurf betr. die Ausgabe von Banknoten zu 50 und 20 M. in zweiter Lesung an.

foederis" für die übrigen Dreiländmächte gegeben; allein die italienische, und wenn sie am Kriege teilnähme, die österrichische Flotte würden vielleicht das franz. Mittelmeergeschwader an dieses Meerestücker fesseln und sein Eingreifen im Kanal und der Nordsee erst nach einem entscheidenden Siege gestatten. Inzwischen würde sich die Situation zur See hinsichtlich der Zahl der Streitkräfte vollständig zuungunsten Deutschlands gestalten, so daß unsere Flotte, wenn auch erst nach scharfem, ehrenvollem Kampfe der Ueberwältigung durch die Uebermacht angesetzt wäre, und unsere gesamten Nordsee- und größeren Ostseeschiffe von der verbündeten anglo-französischen Flotte mit Ueberlegenheit blockiert, unser Seehandel auf dem Weltmeere ihren Kreuzern preisgegeben sein würde. Nichtsdestoweniger wird, wenn dann die anglo-französischen Flotte auch die Weltmeere mit ihren Kreuzern beherrscht, unseren Handel dort wegstege und unsere Kolonien fortanahme, von einem Abschneiden der Lebensmittelfuhr für Deutschland, zwar aus bestimmter zur See, jedoch nicht zu Lande die Rede sein können, da der gesamte ost- und südeuropäische Kontinent sie, soweit zur Ergänzung der eigenen Produktion erforderlich, zu liefern imstande ist. Der große strategische Vorteil den der Nordostsee Kanal der deutschen Flotte bietet, beliebig in jedem der beiden durch ihn verbundenen Meere mit ihren vereinten Kräften aufzutreten zu können, würde zwar dann besonders zur Geltung gelangen, wenn etwa die Gegner ihre Streitkräfte nicht genügend zusammenhielten, und vielleicht in der Periode des Krieges, in der sie durch die Blockade der Nord- und Ostseeschiffe von einander getrennt sind. Allein, es ist nicht

Es solat die Weiterberatung des Etats des Reichs amts des Innern. Verschiedene Titel werden ohne Erörterungen angenommen.

Auf Anregung Rettichs (kons.) verspricht Staatssekretär Graf Posadowsky, aus dem Reichstag zur Förderung des Abjates landwirtschaftlicher Erzeugnisse" an der dem deutschen Landwirtschaftsrat auch landwirtschaftliche Verbände zu unterstützen.

Beim Kapitel „Statistisches Amt" wird eine Resolution des Zentrums betr. einen Beitrag zum internationalen Institut für soziale Bibliographie angenommen.

Bei dem Kapitel „Normaleisungskommission" wünschen Pazig und andere Redner Gleichstellung der technischen Hilfsarbeiter dieser Kommission mit denen anderer Ressorts hinsichtlich des Anfangsgehalts.

Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkt, er habe sich seither vergebens darum bemüht.

Beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt" liegt eine Resolution Baumann und Genossen vor betr. eine Revision des Weingehes. Eine Resolution Stauffer und Genossen fordert einheitliche Weinkontrolle.

Baumann fährt aus, was seine Partei verlange, sei Schutz des Erwerbszweiges gegen Verzug. Die eingeführte Kontrolle reiche nicht aus, es müsse eine Zwangskontrolle sein, die schon vom Weinberge anfangen müsse. Gezügelter Wein müsse auch diese Bezeichnung tragen.

Ehrhardt (Soj.) meint, hier handle es sich um ein Lebens- und Genussmittel. Da seine Partei gegen eine jede Fälschung von Lebens- und Genussmitteln eintrete, wünsche sie auch absolute Reinhaltung des Weines. Der jetzige Zustand begünstige lediglich das Großkapital. Die Strafen für die Weinfälschung müßten verschärft werden. Seine Partei werde für die vorgeschlagenen Resolutionen stimmen.

Schellhorn (natl.) befürwortet die Resolutionen im Interesse des soliden Weinbaues.

Graf Rantz (kons.) sagt, nach der Statistik entfalle auf 2 Weinbauer 1 Weinhändler. Ohne Weinsteuern werde eine wirksame Kontrolle nicht möglich sein. Er bedauere, den Resolutionen nicht zustimmen zu können.

Stauffer (wirtsch. Vgg.): Die Verlebung der Chemie um die Landwirtschaft verwandeln sich im Keller zum Schaden. Der Pfälzer Weinbau hat schwer unter der Konkurrenz zu leiden; dagegen muß die Regierung eingreifen. Die Weinsteuern müsse er glatt ablehnen.

Staatssekretär Graf Posadowsky glaubt, gerade darin, daß das bestehende Weingeh die Handhabe bietet, Fälscher zu verfolgen, liege der Beweis, daß das Gesetz doch nicht so unbrauchbar sei. Die Vorschriften des Weingehes schlossen ja zudem die Vorschriften des Strafgesetzbuches nicht aus. Besser als eine Änderung des Weingehes würde eine Verschärfung des Nahrungsmittelgesetzes sein. Empfehlenswert sei auch eine Kontrolle durch Berufsaufsichtsbeamte wie in Bayern. Bestimmungen über die Größe des Janderzuges zu treffen, sei überaus bedenklich. So schlimm sei es mit unseren Weinen doch nicht! (Zustimmung.) Die edlen deutschen Weine seien durchaus Naturprodukte. Die Regierung werde ernstlich erwägen, ob nicht eine verschärfte Kontrolle im Wege der Gesetzgebung oder durch Verordnung im Verwaltungswege notwendig sei, vor allem im Interesse des realen Weinbaues.

Um 6 Uhr verläßt sich das Haus auf morgen.

Die Automobilsteuer in der Steuerkommission.

Berlin, 14. Febr. Die Steuerkommission des Reichstags lehnte einstimmig die Regierungsvorlage betreffend die Normierung der Sätze der Automobilsteuer ab, nahm dagegen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung einen Kompromißantrag des Zentrums und der Nationalliberalen aber anderweitige Normierung der Automobilsteuer an. Auch ein Antrag Becker wurde angenommen, wonach die Erlaubnisurkunde für 1 Jahr ausgestellt wird, wenn nicht eine längere Zeit beantragt worden ist. Schließlich wurden die übrigen Bestimmungen des Entwurfs angenommen.

wahrscheinlich, daß sie den ersten Fehler begehen, und ist daher auf einen großen taktischen Erfolg in diesem Seekriege für uns nicht zu rechnen. Daß dieser wirtschaftlich einen großen Druck auf Deutschland ausüben würde, bedarf keiner besonderen Erörterung, allein auch der Handel Englands würde schwer durch den Krieg mit Deutschland einbüßen. (Fortsetzung folgt.)

Zum Kapitel „Vogelmord" wird dem „Schw. N." noch geschrieben: Der Vogelmord in Italien hat nicht nur im norddeutschen Raum die Vogelfang ein Gegenstand, sondern wird eher noch übertroffen durch die Massentötungen auf Helgoland. Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, dort im Herbst das nächtliche Gemitzen eines von Norden kommenden Vogelzugs zu erleben, kann sich nur mit Grauen daran erinnern. Einmal werden die durchziehenden, am Leuchturm sich höhenben Rassen hart verjagt. Aber dabei bleibt es nicht. Während der Jagdzeit, wenn die Fremden auf der Düne drängen, werden die ermüdeten, zu längerer Rast sich aufhaltenden Tiere mit raffinierten Geschicklichkeit von halbwüchsigen Schlingeln und Schulbuben in Fallen gefangen und getötet. Vielleicht gehört dieses Mordgewerbe noch zu den Privilegien, die der Insel für die Zeit der Eingewöhnung in den Reichsverband gewährt worden sind. Hoffentlich wird aber wenigstens noch deren Ablauf ernstlich Hand angelegt und eine Abgewöhnung von dieser barbarischen Gewohnheit angebahnt. Sonst haben wir nicht das Recht, aber den kollektiven Vogelmord zu flagen.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 15. Febr. Die Abgeordnetenkammer hat gestern die Generaldebatte über die Reorganisation des gewerblichen Fortbildungsschulwesens zu Ende geführt und den Entwurf an die Volksschulkommission zur weiteren Beratung und Behandlung verwiesen.

Der Verlauf der Debatte ergab, daß die Grundzüge der Reform auf allen Seiten des Hauses Zustimmung finden. Man kann also jetzt schon sagen, daß die Reform sich in der Hauptsache auf der von der Regierung vorgeschlagenen Grundlage vollziehen wird. Zunächst führte der Abgeordnete Röder aus, daß die Deutsche Partei mit allen wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes einverstanden sein könne; der Entwurf wäre jedoch einer noch günstigeren Aufnahme sicher, wenn den Wünschen der Gemeinden bezüglich der Aufstellung der Gewerbelehrer mehr Rechnung getragen und zugleich auch Vorsorge getroffen werden könnte, daß die Gewerbelehrer künftig in Württemberg selbst ihre Ausbildung finden können. Der Abg. Schmidt-Randborn hatte an dem Entwurf im einzelnen verschiedenes anzufügen; er bemängelte vor allem die mageren Angaben über den notwendigen Kostenaufwand und gab auch der Befürchtung Ausdruck, daß der Entwurf die Beherrschung, namentlich in kleineren Gemeinden, welche solche Fortbildungsschulen nicht einrichten können, noch steigern werde. Ebenso äußerten die Abgg. Henning und Bey noch verschiedene Bedenken gegen die Reform. Prälat v. Frohnwieser, der in einer mehrjährigen amtlichen Tätigkeit engere Fühlung mit dem Volksschul- und Fortbildungsschulwesen zu nehmen Gelegenheit hatte, sagte sein Urteil über den Entwurf dahin zusammen, daß derselbe einen großen und wertvollen Fortschritt auf einem für eine Reform reifen Gebiete bringe; er wünschte nur, daß von der teilweise Verlegung des Unterrichts auf den Sonntag, die der Entwurf zuläßt, möglichst wenig Gebrauch gemacht werde. Vom Zentrum trachten die Abgg. Reibach und Rembold-Kalen verschiedene Wünsche zu der geplanten Reform vor; dieselben gehen in der Hauptsache dahin, daß der Religionsunterricht in den Lehrplan der Fortbildungsschule aufgenommen werde, und zwar als obligatorisches Fach. Demgegenüber betont Schulminister Dr. v. Weizsäcker, daß der Religionsunterricht in den Lehrplan einer Fortbildungsschule nicht wohl aufgenommen werden könne, wenn dieselbe, was ja der Hauptzweck der Reform sei, eine berufliche Fortbildungsschule sein soll; in besonderen Fällen werde den etwa hervortretenden Bedürfnissen von Seiten der Unterrichtsverwaltung gerne Rechnung getragen werden. Was die von verschiedenen Rednern angeführte Kostenfrage anlangt, so bemerkte der Minister, daß der erforderliche Aufwand sich zur Zeit noch nicht übersehen lasse; nach den Berechnungen der Regierung werde sich derselbe aber für den Staat und die Gemeinden je auf etwa 250 000 Mark belaufen, wobei die den Gemeinden noch erwachsenden Ausgaben für die Beschaffung von Schulräumen und dergl. noch nicht eingerechnet sind. Die Zahl der Schüler, welche für den gewerblichen Unterricht in Betracht kommt, beläuft sich nach den Erhebungen der Regierung auf etwa 23 000. Des Weiteren legte der Minister noch dar, daß die Ausbildung unserer Gewerbelehrer in Karlsruhe unter den gegebenen Verhältnissen das Zweckmäßigste und Billigste sei; ob diese Ausbildung später im Lande selbst erfolgen könne und solle, sei cura posterior. Mit einigen weiteren Ausführungen der Abgg. Schalle und Koch, welche letzterer sich gleichfalls in der Hauptsache mit dem Entwurf einverstanden erklärte, wurde die Debatte geschlossen.

Die Ausführungen des Herrn Abg. Schalle lauteten nach Stenogramm wie folgt:

H. Herr! Wenn die gewerblichen Fortbildungsschulen früher freiwillig waren, später aber durch Ordisaint den Charakter der Freiwilligkeit mehr und mehr verloren haben und wir jetzt bei der Berufsschule mit Pflichtschul stehen, so kann wohl gesagt werden, daß durch die Einführung der Berufsschulen- und Meisterprüfungen höhere Anforderungen an die einzelnen jungen Leute gestellt werden, weshalb sich auch der Verbandstag der württembergischen Gewerbevereine sowohl, als auch die Handwerkskammern günstig für diese Pflichtschulen ausgesprochen haben.

Es ist deshalb erfreulich, daß das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens das Fortbildungsschulwesen zu verbessern sucht und daß den Ständen ein diesbezüglicher Entwurf vorgelegt worden ist.

Eine württembergische Abordnung, die nach Bayern und Baden geschickt worden ist, wo das Fortbildungsschulwesen bereits in besserer Form existiert, hat sich auch sehr lobend über die dortigen Einrichtungen ausgesprochen.

Die Neuerungen, die das Gesetz uns bringen soll, zerfallen ja in die Durchführung des Schulzwangs, Einführung des Tagesunterrichts und die Neuregelung der Unterrichtsleiter. Nehme ich nun einzelne Punkte des Gesetzes heraus, so finde ich für richtig, daß nach Art. 2 Abs. 3, wenn eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses des Schülers eintritt, über die Dauer dieser Unterbrechung der Schüler verpflichtet sein soll, an dem Unterricht fortgesetzt teilzunehmen, mit Rücksicht auf den Bestand der Schule. Nun steht der Entwurf ja auch die Unterbrechung in einem Schulverband von mehreren Gemeinden vor, was ich lebhaft begrüße; denn gerade dadurch ist es besonders den kleineren Gemeinden möglich gemacht, ihren Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Zwar hätte ich auch gewünscht, daß die gewerbliche weibliche Jugend in den Schulzwang einbezogen wäre, denn gerade bei ihr vermisst ich es, wenn nicht auch ein Schulzwang vorhanden ist, weil der gewerblichen weiblichen Jugend, die nach dem allgemeinen Schulbesuch sofort in die Arbeits-

tag.
 tenkammer hat
 nifikation des
 zu Ende ge-
 ltkommission
 wesen.
 die Grundzüge
 mung sind.
 Reform sich in
 vorgeschlagenen
 er Abgeordnete
 en wesentlichen
 ein Kunde; der
 Aufnahme sicher,
 der Anstellung
 in und zugleich
 die Gewerbe-
 re Ausbildung
 ronn hatte an
 inkommen; er be-
 der den mulier
 Beförderung
 namentlich in
 gschulen nicht
 o äußerlich die
 Bedenken gegen
 in einer mehr-
 mit dem Volk-
 legenheit hatte,
 inkommen, das
 tritt auf einem
 de; er wünschte
 Unterricht auf
 adglichst wenig
 chen die Abg-
 e Wünsche zu
 in der Haupt-
 den Schulplan
 und zwar als
 nalmittel Dr.
 in den Schulplan
 kommen werden
 ed der Reform
 ; in besonderen
 ehärfnissen von
 unng getragen
 a angeklammerte
 er, daß der er-
 übersehen lasse;
 de sich derselbe
 etwa 250 000
 ch erwachsenden
 men und bergl.
 Schüler, welche
 kommt, beläuft
 etwa 23 000.
 daß die Aus-
 unter den ge-
 nd Billigste sei;
 erfolgen könne
 weiteren Aus-
 welsch leichter
 Entwurf einver-
 en.

g. **Schaible**
 bildungsschulen
 Disziplin den
 verloren haben
 chidisch seien,
 die Einführung
 g eben höhere
 gestellt werden,
 rittmännlichen
 iberwerkommern
 u haben.
 Ministerium des
 gschulwesen zu
 lbedinglicher

ie nach Bayern
 rübnungsschul-
 ch soll, hat sich
 n ausgesprochen.
 rüngen soll, zer-
 wung, Einfüh-
 lung der Unter-
 richte des Geses
 h Art 2 Abs. 3,
 rhältnisses des
 unterbrechung der
 rricht fortgesetzt
 der Schule. Nun
 in einem Schul-
 ich lebhaft des
 den kleineren
 nissen Rechnung

die gewerbliche
 wgen wäre, denn
 auch ein Schul-
 eiblichen Jugend,
 t in die Arbeits-

wertstätten und Fabriken kommt, ein Schulzwang notwendig erscheint, um für das spätere Leben, wenn sie vielleicht den Stand einer Fabrikarbeiterin einmal verlassen, Gelegenheit geboten wäre, besser fortzukommen zu können.

Dann glaube ich, daß die seitherigen 80—100 Stunden natürlich nicht mehr genügen, und wenn Baden 320 Stunden eingeführt hat, so erachte ich das für nachahmenswert, glaube aber auch, daß mit den von der Regierung vorge-schlagenen 280 Stunden auszukommen wäre.

Es ist nun auch in dem Entwurf vorgeschlagen, den Tagesunterricht bis 7 Uhr abends festzulegen, während eine Uebergangszeit 8 Uhr vorsteht. Nun meine Herrn, wenn wie seither die Unterrichtsstunden teilweise von 7—9 Uhr, teilweise sogar von 8—10 Uhr gehabt haben, so ist es ja selbstverständlich, daß die Leute etwas ermattet sind, wenn sie in die Schule kommen; denn wenn ein Lehrling den ganzen Tag in der Werkstatt verbracht hat und dann abends von 8—10 Uhr noch Unterricht haben soll, dann ist wohl der Herr Abg. Schmidt nicht gar zu weit gegangen, wenn er gesagt hat, es sei gewissermaßen eine Schlafkur. Sollte das nicht zutreffen, dann wäre es nach meiner An-sicht zum mindesten eine Ermattungskur. Meine Herren! Es hat sich draußen in der Bevölkerung seit der letzten Beratung auch ein völliger Umschwung vollzogen bezüglich des Tagesunterrichts. Früher hat man die Handwerker schimpfen hören, wenn man darüber gesprochen hat, daß sie mit ihre Verrichtung auch während der Arbeitsdauer hergeben sollen. Nun hat sich ein Umschwung dahin vollzogen, daß sie damit rechnen, daß mehr geleistet werden kann und mehr geleistet werden muß. Es wird sich also auch nach dieser Richtung das Gesetz durchzuführen lassen. Meine Herren, nun komme ich noch auf einen Punkt. Die Mehrkosten der Ge-meinden sollten doch entschieden vermieden werden, und hier sollte Staatshilfe eintreten, denn heute, wo die Gemeinden ohnehin schon so hoch veranlagt sind, sollten ihnen jetzt durch dieses Gesetz nicht noch weitere Lasten auferlegt werden.

Fasse ich nun diese Punkte alle zusammen, so komme ich mit meinen Freunden dahin, anzusprechen, daß wir der Vorlage günstig gegenüberstehen, daß wir es aber auch für angezeigt halten, die Sache an eine Kommission zu bringen. Uns erscheint auch die Volksschulkommission die richtige zu sein, und wir werden deshalb dem Antrag auf Ueberweisung an die Volksschulkommission zustimmen.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Berlin, 14. Febr. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Retter Ernst Seiler, geboren am 12. Nov. 1883 in Doldenheim früher im würt. Dragoner-Reg. Nr. 26, am 6. Febr. im Patrouillengefecht bei Kamtas gefallen (Kopfschuß).

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Friedenstadt, 12. Febr. Gestern vollendete Ober-amtsärztlicher Wunsch hier seine 25jährige Dienstzeit. Aus diesem Anlaß trat am Samstag der Amidsversammlungs-anstalt zu einer besonderen Sitzung zusammen, in der der wertvollen Dienste des Jubilars gedenkend gedacht und ihm die herzlichsten Glückwünsche dargebracht wurden.

Mähringen, 14. Febr. Freiherr Oskar v. Münch schreibt der „Rechtsz.“ zu deren Nachricht von seinem Ehecheidungsprozeß; er stellt fest, daß „ich nicht meine Frau in Nizza verließ, sondern meiner ihr vor der Heirat gemachten Ankündigung gemäß am 27. Januar meiner hie-rländischen Geschäfte wegen in Rom unter fortgesetzter Er-füllung meiner vermögensrechtlichen ehelichen Verpflichtungen von meiner Frau trennte, und daß ich sie nicht heiratete, um einen Ehecheidungsprozeß führen zu können, sondern den letzteren anstrebte, weil ich Ansehungsgründe im Sinne der §§ 1333 und 1334 B. G. B. für vorliegend erachte.“ — Diese Paragraphen besagen, daß eine Ehe von dem Ehegatten angefochten werden kann, der sich bei der Eheschließung in der Person des andern Ehegatten oder über solche persönliche Eigenschaften getrennt hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage von der Ehe abgehalten haben würden oder der zur Ein-gehung der Ehe durch arglistige Täuschung (Vermögens-verhältnisse ausgeschlossen) zur Ehe bestimmt worden ist.

Stuttgart, 15. Febr. Vom Zentrum ist ein Antrag eingebracht worden, die Regierung zu ersuchen, im Interesse der ländlichen Bevölkerung eine weitgehendere Erleichterung und Vereinfachung der Telephonabnahme in kleineren und mittleren Orten herbeizuführen.

Der frühere sozialdem. Reichstagskandidat für den 6. würt. Reichstagswahlkreis, der Genosse Friedrich Herrmann, ist in der Nähe des Bierwaldbäder Sees freiwillig aus dem Leben geschieden. Er ist wiederholt Kandidat der Sozialdemokratie bei Reichs- und Landtags-wahlen erwiesen.

r. Neulingen, 13. Februar. Der vor einiger Zeit durch einen Sturz vergrößerte Gasthof zum „Fallen“ wurde bei der gestrigen Berkeiserung von Herrn Leopold Meßler, Küchenchef von Mannheim, um den Preis von 86 000 M. erworben. — Die kürzlich gegründete Sektion Neulingen des deutschen und österreichischen Alpenvereins ist bereits auf ca. 120 Mitglieder angewachsen.

r. Trofingen, 15. Februar. Beim Baugholzfahren wurde der 17jährige Sohn Hrn. Högelsbacher von einem Parholzbaum so unglücklich getroffen, daß er nur wenigen Minuten in den Armen seines Vaters verblieb.

Von den Aldern, 14. Febr. Die neue für Schmal- und Normalspur eingerichtete Strecke Mähringen-Hohenheim wurde heute früh dem öffentlichen Verkehr übergeben. Zu-

gleich wurde der Betrieb auf der alten Linie eingestellt. Die wesentlichen, durch die neue Linie gebotenen Vorteile bestehen zunächst in der Trennung des Verkehrs von der Straße, ferner in dem Ausbau der Linie für Normalspur, der den Uebergang von normalspurigen Güterwagen bis Hohenheim ohne die bisher so lästige Umladung ermöglicht. Ein weiterer Vorteil liegt im elektrischen Betrieb der Linie, deren Neigungs- und Krümmungsverhältnisse so günstig sind, daß ein Motorwagen bequem zwei voll besetzte Anhängewagen befördern kann. Die größte vorkommende Steigung ist 1:70 (bisher 1:29), der kleinste Krümmungsradius ist 200 m (bisher 50 m). Der ganze elektrische Zug ist mit einer durchgehenden selbsttätigen Bremse ausgestattet. Die neue Station Bahnhofs sowie Bieneningen und Hohenheim sind jetzt elektrisch beleuchtet. Die neue Linie bietet auch mehr landschaftliche Reize als die bisherige.

r. Spillingen, 15. Febr. Die Personalien des auf der A. d. A. Halde gefundenen Selbstmörders sind jetzt festgestellt. Es ist der 35jährige Wlth. Greiner, der bisher in Weisklingen a. St. in Arbeit stand. Nach ärztlichem Gutachten beging derselbe die Tat in unzurechnungsfähigem Zustand.

r. Badnang, 15. Februar. Der Gerichtsschreiber Genter hier, der sich zum Kolonialdienst gemeldet hatte, erhielt die Aufforderung, sich am 1. März von Neapel nach Neu-Guinea einzuschiffen. Er bezieht in seiner neuen Stellung einen Gehalt von 5400 M.

Herzlingen, 14. Febr. Die Kasse mit 50 000 M. Wertpapieren, welche dem Verwalter Raible in Oberherlingen gestohlen war, wurde gestern von zwei Handwerks-burschen an dem Weg von Herzlingen nach Aenegg aufgefunden; sie war zertrümmert, enthielt aber die Wertpapiere unversehrt.

r. Rürtingen, 15. Febr. Vorgestern fand man in Friedenhausen die 80jährige, alleinwohnende Witwe des Bagners Wilhelm Hausmann tot und halbdarbrannt in ihrem Bett. Die alte Frau hatte die Gewohnheit, neben ihrem Bett während der Nacht ein Licht brennen zu lassen. Daburd dürfte der Unfall herbeigeführt worden sein. Merk-würdig ist, daß das Bett vom Feuer fast völlig verschont blieb.

r. Södingen, 15. Febr. In der Regelbahn einer hiesigen Wirtschaft hat der 19jährige Rotaristkandidat Höllwarth die 17jährige Tochter des Wirts Kümmerle und dann sich selbst erschossen. Lebestummer scheint die Ursache dieser Tragödie gewesen zu sein.

r. Tutzingen, 15. Februar. Bei der hier erfolgten Neueregung der Gehaltsbezüge der Volks- und Mittelschul-lehrer wurde eine Dröszulage zu den gesetzlichen Mindest-gehältern von 450 resp. 500 M. bewilligt. Die Mittelschul-lehrer erhalten also einen um 50 M. höheren Gehalt als die Volksschullehrer.

r. Ulm, 14. Febr. Ihr 25jähriges Dienstjubiläum begehen heute Hospitalverwalter Mack und Schranzen-inspizitor Biegler. Beiden Jubilaren wurden von Ober-bürgermeister von Wagner namens der Stadtverwaltung Glückwünsche ausgesprochen und Angeblude überreicht.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Febr. Die Heimarbeit-Ausstellung wurde heute vom Staatssekretär Grafen Posadowsky sehr eingehend unter Führung des Komitees besichtigt. Graf Posadowsky wies wiederholt darauf hin, daß es für die Regierung bei der Suche nach Abhilfemaßnahmen von der größten Wichtigkeit sein müsse, die Arbeitslöhne für die Heimarbeit mit den Verkaufspreisen der Erzeugnisse zu vergleichen, und überdies zu wissen, wie sich der Verkaufspreis zu den Arbeitslöhnen, Materialkosten und dem Gewinn stellt. Graf Posadowsky versicherte schließlich, er werde die Frage des Registrierzwangs in Erwägung ziehen.

Berlin, 18. Febr. Die diesjährige Studienreise der Reichstagsabgeordneten geht nach Ostasien. Der Nord-deutsche Lloyd stellt 20 Plätze zur Verfügung. Die Abreise erfolgt am 1. August von Genoa aus, die Rückreise dahin am 22. Nov. oder 6. Dez. Ein Ausflug in das Innere der Insel Ceylon ist vorgesehen, ferner ein längerer Aufenthalt in Hongkong, ein Stützpunkt in Schanghai, eine Fußfahrt den Jangtse hinan bis Hankau. Für Tjingtan sind 14 Tage gerechnet, für Japan 2—3 Wochen.

Heidelberg, 15. Febr. In der Angelegenheit des verschwandenen Engländers Thomas Reid teilt die „Heidelb. Ztg.“ mit, daß die verhaftete Wida vor dem Untersuchungs-richter gestanden habe, ihr Liebhaber Hippel habe den Reid am 30. Juli erschossen. Da Hand und Strümpfe des Reid bei dem Hippel vorgefunden worden sind, so muß die Beichte nackt begraben worden sein.

Der Gouverneur von Alg. General der Kavallerie von Sagenow, ist gestorben. Als junger Infanteriesoldat hatte sich der Verstorbene durch einen kühnen nächtlichen Ritt mit wichtigen Depeschen wägen durch das feindliche Heer bei Orleans das eiserne Kreuz 1. Kl. erworben.

Strasburg, 14. Febr. Bei dem hiesigen Infanterie-Regiment Nr. 138 sind mehrere Fälle von Genickstarre eingetreten. Ein Soldat der 8. Kompanie des Regiments ist bereits gestorben. Auch bei dem in Kolmar garniso-nierenden 14. Jägerbataillon ist ein Todesfall infolge Ge-nickstarre zu verzeichnen.

Strasburg, 14. Februar. Die Volkszählung am 1. Dezember 1905 ergab in Elsas-Lothringen eine orison-weise Bevölkerung von 1 814 626 Personen gegen 1 719 470 am 1. Dezember 1900. Die Bevölkerung hat sich in der Zählperiode 1900/1905 demnach um 95 156 Personen oder 5,53 Prozent vermehrt. Die männliche Bevölkerung wuchs um 64 868 oder 6,23, die weibliche um 40 288 oder 4,80

Prozent. Von den 90 Landkreisen zeigen 25 eine Ab-nahme. Die größte Bevölkerungszunahme mit 8,98 Prozent hat infolge des bedeutenden Aufschwunges der Bergwerks- und Eisenindustrie der Bezirk Lothringen zu verzeichnen.

München, 14. Febr. Im Schauspielhaus wurde heute abend zum ersten Male das einaktige Drama „Die Bäuerin“ von der bekannten Romanautorin Clara Viebig gegeben; das Werk rief eine tiefe Wirkung hervor und fand vielen Beifall. Es folgten zum Gedächtnis Otto Erich Hartlebens die beiden Einakter „Abschied vom Regiment“ und „Der Frosch.“

Rempten, 12. Febr. Ein größerer Gegenprozeß wird sich demnächst vor dem hiesigen Gerichte abspielen. Mehrere spekulative Köpfe haben die Reichsgläubigkeit der Landbevölkerung in hohem Maße ausgenützt und gegen Krankheiten von Tieren und Menschen allerlei Hokusfokus angewandt. Beschwörungen, Zaubersprüche und Weihwasser spielten bei den Schwindlern eine große Rolle. Selbstver-träglich wurden die gutgläubigen Kunden für diese Dile-ktionen ganz ausgiebig geschädigt. Die Tätigkeit der Gegenbeschwörer erstreckte sich nicht nur auf das Allgäu, sondern auch auf andere Regierungsbezirke.

Würzburg, 14. Febr. In einer starkbesetzten Ver-sammlung von Schäferesitzern aus Bayern, Baden und Württemberg wurde ein „Verband südbayerischer Schäferes-itzer“ gebildet. Für jeden Staat besteht eine Sektion.

Harburg, 14. Febr. In Harburg beschlossen die Sozialdemokraten, aus der evangelischen Landeskirche aus-zutreten, weil mehrere sozialdemokratische Gemeindeglieder, die in den Schulvorstand gewählt worden waren, wieder-holt nicht befähigt wurden. Bisher sind 43 Arbeiter aus-getreten.

Hamburg, 14. Febr. Heute trafen mit dem Dampfer „Artenprinz“ die Hauptbeteiligten des bekannten Buren-komplotts in Hamburg ein. Es sind die Buren Botha, van Selpheld und Heinrich Müller. Sie sind alle in Wind-huk abgeurteilt.

Ausland.

London, 15. Febr. Bloods Agentur meldet aus Port Said, daß alle Schiffe durch einen **Sandsturm im Suezkanal** festgehalten werden.

London, 14. Febr. (Die spanische Heirat.) Wenn auch in der englischen Presse darüber ein auffallend diskretes Still-schweigen bewahrt wird, so ist es doch eine unbestreit-bare Tatsache, daß die spanische Heirat, mit dem dazu er-forderlichen Uebertritt der Prinzessin Ena von Battenberg zur katholischen Kirche, in den Kreisen der Protestanten eine tiefe Verstimmlung, wenn nicht Erbitterung, hervor-gelassen hat. Die Methodisten haben dieser nunmehr offenen Kundgebung und auf ihrem Kongreß in Sloagh eine Resolution angenommen, worin dem Bismarck Ausdruck gegeben wird, daß Prinzessin Ena den protestantischen Glauben ab-schwören will. Sie wird gebeten, lieber den spanischen Thron, als ihre Religion aufzugeben, welche die Regierung ihrer Großmutter zu einer gloriereichen gestaltet hat. Zugleich wird dem Bismarck Ausdruck gegeben, daß der König und seine Schwester, die Mutter der Prinzessin, zu diesem Glaubens-übertritt ihre Zustimmung geben haben.

Konstantinopel, 15. Febr. Im Hafen hier selbst kollidierten in der Nähe der Galatabrücke zwei besetzte Vokal-dampfer so heftig, daß der eine sofort sank und der andere auf den Strand gestoßen wurde. Sämtliche Passagiere wurden gerettet.

Bahaguak (Columbia), 15. Febr. Sämtliche co-lumbische Städte zwischen Tumaco und Buenaventura sind durch Flutwelle, die durch die jüngsten Erdbeben verursacht wurden zerstört worden. In der Nähe von Tumaco wurden 70 Leichen gefunden.

Peking, 15. Febr. Alle Gesandtschaftswachen sind gearmet worden, **die Gefahr droht.** Der Sekretär der deutschen Gesandtschaft beschloß für die deutschen Wachen eine weitere Feldbatterie. Die Lage in China verstimmt sich andauernd.

Die Vorgänge in Rußland.

Petersburg, 14. Febr. Die St. Pet. Tel.-Ag. ver-breitet folgende Meldungen: Aus Sibau: Bei Brekahn wurde ein Biquet von 6 Dragonern von Demoskraten an-gegriffen. 3 Dragoner wurden verwundet. Auf Seiten der Angreifer wurde ein Mann getötet. In Ostosop wurden von einer Militärabteilung 4 Revolutionäre erschossen und 2 gefangen. — Aus Riga: Das Kriegsgericht verurteilte heute 2 Personen wegen versuchter Ermordung von Kosaken zum Tode durch den Strang; 2 andere Personen wurden wegen gewaltsamer Entwaffnung von Polizeibeamten eben-falls zum Tode verurteilt. Heute vormittag drangen einige Leute in die Wohnung einer jüdischen Witwe ein und knel-leten deren Dienerin. Hierauf erwiderte sie die Witwe und plünderten die Wohnung. Darauf brachten sie sich in Sicherheit.

Riga, 14. Febr. In mehreren Orten Siblands sind nach dem Bezuge des Militärs wieder revolutionäre Ban-den erschienen und verübten Mordtaten an den wieder ein-gesetzten legalen Gemeinde-Richtern und -Schreibern, sowie Brandstiftungen. In Riga wurde zwei sozialistischen letti-schen Zeitungen das Erscheinen verboten, einer davon für immer. Mehrere führende lettische Journalisten sind Migt-erschossen. Vorgestern wurden in Riga auf der Straße 7 zum Teile gefüllte Bomben angefunden.

Rußwärtige Todesfälle.

Friedrich Biegler, 22 Jahre alt, Schopfloch.
 Fleus das Blauderfäbchen Nr. 7.
 Druck und Verlag der G. B. Kaiser'schen Buchdruckerei (Emit Kaiser) Regold. — Für die Redaktion verantwortlich: R. Paur.



Landw. Bezirksverein Nagold.
Haupt-Versammlung
 am Sonntag den 18. ds. Mts.
 nachmittags 2 Uhr
 im Gasthof zum Hirsch in Nagold.

- Tages-Ordnung:**
1. Vortrag des Herrn Mollerei-Inspektors Vetz in Gersbronn über bessere Milchgewinnung u. Milchverwertung.
 2. Publikation der Jahresrechnungen 1905.
- Die Herren Ausschussmitglieder werden hiermit besonders zum Besuch der Versammlung aufgefordert.
 Die Vereinsmitglieder und sonstigen Interessenten werden zu zahlreichem Besuche freundlichst eingeladen.
 Den 12. Februar 1906.

Vereinsvorstand:
 Ritter. Oberamtmann.

Nagold.
Zwangs-Verkauf.

In einer Zwangsversteigerungssache kommen im Wege der öffentlichen Versteigerung gegen sofortige bare Bezahlung
am Samstag den 17. Februar 1906
 vormittags 9 Uhr

zum Verkauf:



14 Stück Oefen, verschiedenen Systems, darunter irische, 1 Waschs-service, ca 470 St. feuerfeste Backsteine, ca 7 mille Zigarren, 100 St. Rohr, 60 St. Winkelrohr, 32 St. eiserne Schwebel, 114 St. blechene Rohr, 23 St. Hand- und Waldsägen, 1 Sack Leim.

Bleibhaber sind eingeladen. Zusammenkunft beim Hirsch.
 Gerichtsvollzieher Weber.

Die Stadt-Gemeinde Nagold
verkauft
 am Montag den 19. Februar
Laubholz u. Nadelholz

und zwar im District Allberg Abteilung vorderes Studentenkammerle:

- I. **Reichholz:** 1 Km. eichene Scheller, 12 Km. eichene und 9 Km. gemischte Laubholz-Brügel, 6 Km. Nadelholz-Scheller (teilweise Berkholz) und 164 Km. Nadelholz-Baumel und Anbruch.
 - II. **Reißig:** 500 Büschel Laubreis und 1000 Büschel Nadelreis.
- Zusammenkunft nachmittags 1 Uhr auf der Allberg-Straße beim Kreuztannen-Steinbruch.

PALMIN 

Feinste Pflanzenbutter
 zum Kochen, Braten und Backen

Konfirmations-Gesangbücher
 in grosser Auswahl

empfiehlt
G. W. Zaiser'sche
 Buchhandlung.



Gentner's Wichse
 in roten Dosen

Gibt im Moment prächtigen Glanz!
 Fabrikant: Carl Gentner Söppingen.

Nagold.
Das Schlagen
 von ca 60 cbm Schotter
 wird im Akkord vergeben.
 Wilt. & Heinr. Benz.

Nagold.
Milch
 kann abgeben
 Karl Seid (Insel).

Nagold.
Müller-Lehrlings-Gesuch.
 Ein ordentlicher Knabe, der die Mälerei gründlich zu erlernen wünscht, kann bis 1. April eintreten bei
 Mühlebesitzer Rauser's Wive.

Bäcker-Lehrlings-Gesuch.
 Ein ordentlicher Junge, welcher die Brot- u. Feinbäckerei gründlich erlernen will, findet unter günstigen Bedingungen gute Stelle in
 Zuffenhausen. Nähere Auskunft erteilt Böder Fischer in Nagold.

Nagold.
 Ein ordentlicher
Junge,
 der Lust hat, das Schuhmacherhandwerk gründlich zu erlernen, findet gute Bekehrstelle bei
 Jaf. Grüninger, Schuhm.
 Freudenstädterstraße.

Nagold.
 Einen kräftigen
Jungen
 nimmt in die Lehre
 G. Klingel, Möbelschreiner.

Ehhausen.
Lehrlingsgesuch.
 Ein ordentlicher Junge, der Lust hat, die Möbelschreinererei gründlich zu erlernen, findet unter günstigen Bedingungen gute Bekehrstelle bei
 Chr. Holzäpfel,
 Möbelschreiner.

Rohrdorf.
 Ein
Hengstfohlen,
 19 Monate alt, und ein halbtträchtiges
Kind,
 od. auch ein Junge
Schaffkuh
 hat zu verkaufen.
 Bleibhaber sind eingeladen.
 Friedr. Grieshaber.

Dankbarkeit
 springt mich, gern und unentgeltlich Hals-, Brust- u. Lungenleidenden jeglicher Art mitzutheilen, wie ich durch ein stolches, blühendes und erfolgreiches Heilungsbeispiel von meinem quälenden Leiden befreit worden bin.
 Hecher Baumgarten in Stummel bei Sulzig (Wbk).

Die Volksbibliothek Nagold
 empfiehlt jedermann ihre ca 400 Bände zu zahlreicher Benutzung gegen 5-10 Pfg.
 Abholung: Samstag 1-2 Uhr im Lokal der Mittelschule.

Turnverein Nagold. 

Am Samstag den 17. d. M.
 findet im Gasthof z. Hirsch
Grosse Fastnachts-Canz = Unterhaltung
 mit theatralischen, humoristischen und gesanglichen Vorträgen
 statt, wozu wir die passiven und aktiven Mitglieder selbst einladen.
Beginn 8 Uhr.
 Nichtmitglieder zahlen per Person 1 A. Eintritt.
 Mitglieder für Kopfbedeckung 30 P.
 Kostümierte Damen frei.

Neues Stuttgarter Kochbuch. 

Verlag von F. F. Steinhilber in Stuttgart.

G. W. Zaiser'schen Buchdlig. Borridig in der

Preis schön gebunden M. 3. —

Geld-Darlehen für Personen jed. Standes auf Leb.-Versicherung, Schuldschein, Wechsel, Bürgschaft, Rontionen zu 4, 5 u. 6 % auch in klein. Katen rückzahlbar. Hormann Sobotta, Laurahütte. — Rückporto.

Zfischhausen.
 Alters- und krankheitshalber sehr ich meinen fahrbaren
Trieur
 dem Verkauf aus; es kann sämtliche bloße Frucht damit gepulvt, sowie auch Kleefamen zum Verkauf fertig gemacht werden.
 Joh. Tochtermann,
 Schieferbeder.

Die
Annoncen-Expedition
RUDOLF MOSSE

bietet bei Aufgabe von Annoncen für Zeitungen und Zeitschriften erhebliche Vorteile, wie kostengünstige sachmännliche Beratung hinsichtlich zweckmäßiger Abfassung und Ausstattung der Annoncen, richtiger Wahl der jeweils geeigneten Blätter, freygelegte Disposition (einkaufende Offerten werden dem Inserenten unerschlossen zugestellt), ferner eine wesentliche
Ersparnis
 an Kosten, Zeit und Arbeit

Stuttgart
 Königstrasse 33
 Telephon 602.

Neue 2. vermehrte Auflage mit Berücksichtigung der Ergebnisse in der bisherigen Durchführung des Gesetz.
Gesetz betr. die Einkommensteuer
 für das Königreich Württemberg nebst Ausführungsbestimmungen mit mit Formularanlagen, **Fassungsbeispielen** und Beilage der Gesetze über die Kapitalsteuer, die Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer und die Gemeindesteuern.
 Herausgegeben und gemeinverständlich erläutert von **Ministerialrat Dr. Th. Viktorius** Vortragender Rat im Kgl. württ. Finanzministerium.
Preis broschiert M. 4.40 geb. M. 4.80.
 Borrätig in der
G. W. Zaiser'schen
 Buchhandlung.
 NB. Die 1. Auflage, soweit noch vorrätig geben w
 das gebundene Exemplar ab.